

## Verkehrspolitik in Luzern: Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück

Mobilitätsförderung als Lippenbekenntnis: Lena Berger über die Verkehrspolitik des Kantons Luzern.

---

**Lena Berger Stv. Leiterin «Zentralschweiz am Sonntag»**  
17.2.2019, 05:00 Uhr



Der Verkehr ist das grösste Problem im Kanton Luzern. So zumindest sehen es 52 Prozent der Bevölkerung, wie eine Umfrage 2015 zu Tage gebracht hat. Da könnte man meinen, Politiker von links bis rechts würden sich darum reissen, in diesem Bereich Lösungen zu präsentieren – und sich damit die anstehende Wiederwahl zu sichern. Davon ist allerdings kaum etwas zu spüren.

Es ist immer die gleiche Leier. Von Seiten des Kantons ist zu hören: Wenn der Durchgangsbahnhof steht, ist das Problem gelöst! Oder: Wenn der Bypass gebaut ist, fliesst der Verkehr wieder! Doch während sich die Megaprojekte über Jahre hinziehen, vervielfachen sich die Stunden, in denen die Luzernerinnen und Luzerner im Stau feststecken.

Es muss jetzt etwas passieren. Das hat auch die Luzerner Regierung langsam erkannt. Das Mobilitätsmanagement soll im Kanton und innerhalb der Verwaltung einen höheren Stellenwert erhalten, wie Regierungsrat Robert Küng versichert. Die Mitarbeitenden sollen ermuntert werden, vermehrt per Bus, Zug, Velo oder zu Fuss zur Arbeit zu kommen. Damit diejenigen, die auf das Auto angewiesen sind, freie Bahn haben.

Diese Absichtserklärung ist kein Grund zur Euphorie. Es sollte vielmehr eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Kanton versucht, den Berufsverkehr zu reduzieren, den seine über 6000 Mitarbeitende verursachen. Und das Gleiche gilt für öffentlichrechtliche Anstalten wie das Kantonsspital, wo ebenfalls über 5000 Personen angestellt sind. Wie sonst soll die Politik von der Privatwirtschaft verlangen, was sie selber nicht einlöst? Das Kantonsspital war ein Vorreiter, was das Mobilitätsmanagement im Kanton angeht. Als eines der ersten Unternehmen hat es ganzheitlich versucht, den Berufsverkehr zu reduzieren. Doch nun bröckelt das Vorhaben. Erst kürzte das Spital seinen Beitrag an ÖV-Abos für Mitarbeitende – nun gibt es gar keine Beteiligung mehr. Auf den Schritt vorwärts folgten mehrere Schritte rückwärts. Die Regierung drückt darüber ihr Bedauern aus. Das ist sehr brav. Als Eigner des Spitals hätte sie es in der Hand, mehr Druck auszuüben. Das tut sie gemäss Eignerstrategie bei «bedeutenden strategischen Fragen». Diese Priorität misst die Regierung dem «grössten Problem im Kanton» offenbar nicht zu.

---

### Umstrittenes Parkhaus: Kantonsspital übertölpelt die Stadt Luzern

Die Schaffung von 600 neuen Parkplätzen am Kantonsspital war politisch ein heisses Eisen. Die Stadt erlaubte den Neubau nur unter der Auflage, dass Mitarbeitern vergünstigte ÖV-Abonnemente angeboten werden – doch bereits vier Monate nach der Eröffnung hat die Spitalleitung ihr Versprechen gebrochen.

Lena Berger / 17.2.2019, 05:00



---

### «Luzerner Zeitung»-Newsletter abonnieren

Der kompakte Überblick am Abend mit den wichtigsten Ereignissen und Themen aus der Zentralschweiz und der Welt. Zusammengestellt von der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

---

Copyright © Luzerner Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Luzerner Zeitung ist nicht gestattet.